

„Kriege und Konflikte – Schule zwischen medialer Meinungsbildung und dem Anspruch politischer Bildung“

Nahost Berichterstattung.

Wie arbeitet ein Korrespondent in einem repressiven Umfeld, in denen Informationen in ihrer Zuverlässigkeit schwer einzuschätzen oder gefährlich zu beschaffen, in dem Stellvertreter-, Religions- und Stammeskonflikte schwer zu unterscheiden sind?

Zwischen allen Stühlen

Wie es sich für einen Journalisten gehört, will ich mit einer Anekdote in meinen Vortrag einsteigen. Es ist Sonntag, der 30. Juni 2013. Gemeinsam mit einem Kollegen bin ich auf dem Tahrir-Platz in Kairo unterwegs. Der Aufstand gegen Husni Mubarak ist lange vorbei, seit genau einem Jahr regiert nicht mehr der autoritäre Langzeitherrscher Ägypten, sondern – ein Muslimbruder. Muhammad Mursi war im Jahr eins nach der ägyptischen Revolution zum Staatschef gewählt worden, doch zwölf Monate später haben die Ägypter schon wieder die Schnauze voll von ihrem Präsidenten.

Die Tatsache, dass Mursi der erste **Zivilist** ist, der nach Jahrzehnten der Misswirtschaft durch Militärs an der Macht ist, zählt nicht mehr. Wichtiger ist inzwischen, dass hier ein **Islamist** das Sagen hat. Die Sorge, dass die Muslimbrüder einen islamischen Gottesstaat errichten wollen, gibt es auch in westlichen Hauptstädten – und wird von vielen Ägyptern geteilt.

Seit Wochen hat deshalb ein erst kleines, dann immer größeres Basisbündnis namens „Tamarod“ Unterschriften gesammelt, um einen Rücktritt Mursis zu erzwingen. Die Aktivisten sammeln an Metrostationen, auf Straßenkreuzungen – und schaffen es, die eingeschlafene Protestbewegung von 2011 wieder zum Leben zu erwecken. Stichtag für die bestellte Revolution ist eben jener Sonntag, der 30. Juni, an dem ich mich auf zum Tahrir-Platz gemacht habe. Der Jahrestag von Mursis Wahl soll auch der Startschuss zu dessen Sturz sein.

Es ist noch relativ früh am Vormittag, als wir den Platz betreten. Aber schon jetzt strömen im Minutentakt immer mehr Menschen auf die Zelte und die kleinen Teestände zu, die fliegende Händler hier im Herzen Kairos errichtet haben. Aus dem ganzen Land sind Ägypter in die Hauptstadt gekommen. Als ich einen Tag zuvor von der Sinai-Halbinsel zurück nach Kairo fuhr, nahm ich einen Tramper mit, der auch zu der Kundgebung auf den Tahrir-Platz wollte. Stromausfälle, Versorgungsengpässe, Unsicherheit auf den Straßen – dagegen wollte er protestieren.

Mit meinem deutschen Kollegen gehe ich von Gruppe zu Gruppe – und wir erhalten bereitwillig Auskunft über die Ziele der Teilnehmer. „Mursi muss weg!“ lautet der übereinstimmende Tenor. „Irhal! Irhal!“ – „Geh! Geh!“ steht auf vielen Plakaten. Das war auch der Schlachtruf gegen Mubarak. Dass hier öffentlich so viele Menschen ihre Meinung kundtun können, zeigt, welchen Sprung Ägypten seit den Protesten gegen das alte Regime gemacht hat. In den ersten Tagen der Revolution 2011 waren es nur ein paar hundert, die sich auf die Straße trauten. Das Regime ging mit aller Gewalt gegen die kleine Freiheitsbewegung vor. Zwei Jahre später gehören öffentliche Proteste zum festen Bestandteil der politischen Landschaft, auch wenn sich inzwischen viele der Hoffnungen auf einen raschen Wandel zerschlagen haben.

An einem Zelt machen wir länger Halt, ein Arzt aus der Kanalstadt Suez erzählt uns vom Unmut der Bevölkerung entlang des wirtschaftlich für Ägypten so wichtigen Kanals, der das Mittelmeer mit dem Roten Meer verbindet. Er berichtet vom Treibstoffmangel und den Stromausfällen, die das Leben immer schwerer machten. Und davon, dass die Polizeigewalt wieder zugenommen habe. Die Brutalität der Sicherheitskräfte war eine der Triebkräfte der Revolution gegen Mubarak gewesen. Nach allem, was er erzählt, kommt er uns wie ein typischer Mursi-Gegner vor, ein Eindruck, den der Arzt auch nicht zu verwischen versucht, als wir uns freundlich von ihm verabschieden und weiterziehen, um weitere Interviews zu führen. Als kritischer Muslimbruder inmitten der Opposition hat er sich jedenfalls nicht zu erkennen gegeben.

Doch dann kommt der Mann plötzlich hinter uns hergelaufen und bittet um Verzeihung: Er gehöre in Wirklichkeit zu den Unterstützern des Präsidenten und sei nur auf dem Tahrir-Platz, um sich ein Bild von der Lage zu machen. Er wolle dem Volk sozusagen aufs Maul schauen, um daraus Konsequenzen für die Arbeit seiner Organisation in Suez zu ziehen. Dazu müsse man aber die Gegner der Muslimbrüder genau kennen, deshalb habe er sich incognito unter die Demonstranten gemischt. Mursi brauche Zeit, die Probleme Ägyptens seien so groß, dass sie unmöglich innerhalb eines Jahres gelöst werden könnten. Das möge man verstehen und bitte auch erzählen, wenn man in Deutschland über die angespannte Situation in seinem Land berichte.

Ob es schlechtes Gewissen war, die beiden ausländischen Reporter über seine wahren politischen Ansichten im Unklaren gehalten zu haben, die den Mann zu seinem überraschenden Bekenntnis bewegten, **weiß ich bis heute nicht**. Die Szene zeigt aber, wie wenig man sich selbst in auf den ersten Blick überschaubaren Situationen darauf verlassen kann, dass das stimmt, was einem gesagt wird. Und sie zeigt, dass gerade in Krisensituationen Lüge und Wahrheit kaum zu unterscheiden sind. Vor allem in einer hochbrisanten Lage wie in Kairo Mitte 2013, als der Sturz Mursis und die darauffolgende Welle der Gewalt zu dem weltpolitischen Ereignis des Sommers werden sollten.

Sich ein eigenes Bild von der Lage zu machen, ist unabdingbar, um Lesern, Hören und Zuschauern in Deutschland glaubwürdig über politische Veränderungen zu berichten. Dass man dabei selbst in Fettnäpfchen treten kann, gehört zur eigenen Arbeit dazu. Das Aufregende am Korrespondentenjob ist ja, dass man selbst ständig Learning by Doing macht. Und aus Fehlern lernt man vielleicht am meisten über das Land oder die Länder kennen, über die man berichtet. Das gilt umso mehr in Extremsituationen, an politischen Wendepunkten wie dem im Sommer 2013, als die erste Phase der Revolution, die in die freie Wahl eines neuen Präsidenten gemündet war, umschlug in eine konterrevolutionäre, in der die Kräfte des alten Staates wieder die Oberhand gewannen.

Als Korrespondent der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ geriet ich damals mitten hinein in die Auseinandersetzungen, die die Wochen und Monate nach dem Sturz Mursis prägen sollten. Innen- wie außenpolitisch. Denn obwohl ich davor bereits aus Kriegsgebieten und über politische Umwälzungen in Krisenländern wie dem Irak und Syrien, aber auch aus dem Kosovo und Serbien berichtet hatte, war der politische Druck dieses Sommers plötzlich ein anderer: Auf einmal zählte jedes Wort, und genau darauf kam es Gegnern und Befürwortern der Amtsenthebung des zweifelsohne demokratisch gewählten islamistischen Präsidenten Mursi auch an – um die Begriffe.

Putsch oder Revolution? Volksaufstand oder Machtübernahme des Militärs? **Sieg der Demokratie** über einen drohenden **totalitären Gottesstaat** oder **neue Diktatur** statt freier

Wahlen? So wie vor zwei Monaten in der Türkei beim gescheiterten Putsch gegen Erdogan stand plötzlich Sichtweise gegen Sichtweise, und es oblag den Siegern, ihre durchzudrücken – mithilfe und/oder im Zweifelsfall eben gegen die Medien.

Denn eins darf man nicht vergessen, gerade wenn man als Korrespondent einer wichtigen Zeitung Zugang zu hochrangigen Vertretern bekommt, seien es Militärs oder Amtsträger: Politiker benutzen einen immer, um bestimmte Botschaften in die Welt herauszutragen – so freundlich sie sich auch geben mögen. Deshalb ist eine Fächerung der Themen wichtig, Berichte und Interviews zu Sport, Kunst und Wirtschaft erweitern der Horizont. Nur so lassen sich Aspekte vermitteln, die in eindimensionaler Politikanalyse untergehen. Als ich zum ersten Mal in Bagdad war, habe ich zum Beispiel den Leiter des Symphonieorchesters getroffen, was sehr wohltuend war, weil Künstler doch einen sehr anderen Blick auf ihre Länder haben als Milizenführer oder Parteichefs. Ihnen geht es immer um Deutungshoheit, nicht um die Nuancen, die eine Gesellschaft eigentlich bestimmen.

An diesem Sonntagvormittag auf dem Tahrir-Platz war von der ganzen Aggressivität und Anspannung, die die Berichterstattung aus Ägypten und die Kommentierung der Machtfrage in den kommenden Monaten prägen sollte, war noch nichts zu spüren. Ich fuhr um die Mittagszeit zurück in mein Büro, um meine Reportage über die Massenproteste aufzuschreiben und an die Redaktion in Frankfurt zu schicken. In der Zwischenzeit wuchs die Zahl der Menschen auf dem Tahrir-Platz und in den Straßen Kairo immer weiter an – geschätzt 14 Millionen waren am 30. Juni 2013 im ganzen Land unterwegs, wahrscheinlich mehr noch als an irgendeinem der 18 Tage, die im Januar 2011 den Vorlauf zum Sturz Mubaraks bildeten.

Am frühen Abend flogen dann Armeehubschrauber mit ägyptischen Fahnen über die Menge. Ein deutliches Zeichen, dass die Militärführung um General Abd al Fattah Sisi sich hinter die Demonstranten stellte – und ihre Forderung nach einem Rücktritt Mursis unterstützte. Dass hohe Generäle und die Spitzen des alten Polizei- und Geheimdienstapparats gemeinsam mit Justizvertretern die Amtsenthebung Mursis über Monate geplant hatten, sollte erst später bekannt werden. Was man an diesem 30. Juni als politische Beobachter sah – sei es als Korrespondent, sei es als Diplomat –, war vor allem eins: eine große Menge von der Politik des Islamisten enttäuschte Ägypter. Und ein Land, das sich nach der Revolution von 2011 nicht erneut von einem Autokraten regieren lassen wollte.

Danach jedoch ging alles ganz schnell – mit erheblichen Auswirkungen auch auf die Arbeit von Korrespondenten, worauf ich gleich noch näher eingehen werde. Einen Tag nach der Massendemonstration folgte ein Ultimatum der Armeeführung um General Sisi an Mursi, sein Kabinett zu erneuern und seine Politik zu ändern. Dafür habe er 48 Stunden Zeit. Zumindest rhetorisch kam Mursi dem nach, doch die lange Ansprache, die er abends im Fernsehen hielt, reichte den Militärs schon nicht mehr aus, auf den Putsch zu verzichten. Am 3. Juli wurde der erste frei gewählte Präsident Ägyptens von Spezialeinheiten der Armee verhaftet. Das kurze Jahr der Islamistenherrschaft war damit beendet, die Rückkehr der Generäle an die Macht besiegelt.

Gleichzeitig aber galt aber etwas, was für die Berichterstattung in den letzten Tagen des Mursi-Regimes und die blutige Übergangsphase, die bis Herbst 2013 dauern sollte, sehr wichtig war: Man hatte immer noch Zugang zu Stimmen aus dem Lager der Muslimbrüder, die mir ihre Sicht erzählen konnten – ohne die Angst, verhaftet zu werden. Der Arzt auf dem Tahrir-Platz, der sich plötzlich als Mursi-Anhänger outete, steht dafür exemplarisch. Wenige

Wochen später, als die islamistische Opposition bereits Dutzende von Opfern zu beklagen hatte, hätte er sich so vielleicht nicht mehr getraut.

Denn was dann nach der Machtergreifung Sisis folgte, kennen wir nur zu gut aus jüngster Zeit in der Türkei: So wie Erdogan nach dem gescheiterten Putschversuch vom 15. Juli ihm unliebsame Medien abschalten und Kritiker sowie Staatsbedienstete verhaften ließ, griff auch Sisi unmittelbar nach der Verhaftung Mursis durch. Mehr als ein Dutzend den Islamisten nahestehender Fernsehsender wurden noch am Abend des Putsches abgeschaltet, unzählige Zeitungen durften danach nicht mehr gedruckt werden. Die Einschränkungen der Pressefreiheit gingen einher mit massivem Vorgehen gegen die Versammlungsfreiheit: Woche um Woche kam es nun zu Toten auf den Demonstrationen der Mursi-Anhänger, den Höhepunkt erreichte die Welle staatlicher Gewalt Mitte August, als zwei Protestcamps der Islamisten brutal geräumt wurden: Mehr als 800 Tote waren das Ergebnis des Eingreifens der staatlichen Sicherheitskräfte. Human Rights Watch sprach von einem der weltweit größten Morde an Demonstranten an einem Tag in der jüngeren Geschichte.

Auch ein französischer Journalist, der über die Proteste der Muslimbrüder berichtete, wurde bei dem Massaker auf dem Rabia-Platz durch die Sicherheitskräfte getötet. Ein ägyptischer Fotograf, bekannt unter dem Namen „Shawkan“, der mit einer Kollegin vom „Focus“ unterwegs war, wurde in diesen Tagen verhaftet – und hat bis heute das Gefängnis nicht verlassen, obwohl sich ausländische Diplomaten, „Reporter ohne Grenzen“ und Bundestagsabgeordnete für seine Freilassung eingesetzt haben. Insgesamt sind weiter mehr als zwanzig Journalisten wegen Ausübung ihrer Arbeit zurzeit in Ägypten inhaftiert. Seit der Machtübernahme durch Sisi, der zwei Jahre nach dem Putsch zum Präsidenten gewählt wurde, ist Ägypten in der Rangliste der Länder, in denen die Pressefreiheit massiv eingeschränkt wird, auf Platz 158 von 180 der Statistik von „Reporter ohne Grenzen“ gerutscht.

Auch die neue Verfassung von 2014 hat in Ägypten nur auf dem Papier mehr Presse- und Meinungsfreiheit gebracht. Regierung und Justiz gehen weiter systematisch gegen Medien mit Verbindungen zur oder Sympathien für die Muslimbruderschaft vor. Militärprozesse gegen Journalisten sind unverändert möglich. Reporter müssen mit Gewalt von Sicherheitskräften und Demonstranten rechnen, häufig werden sie von aufgebrachten Menschenmengen bedrängt. Willkürliche Festnahmen und Folter sind an der Tagesordnung. Selbstzensur ist verbreitet. Viele Medien ergreifen offen Partei für Armee und Regierung, nur wenige ägyptische Journalisten wagen Kritik.

Was aber bedeutet das für die Berichterstattung? Wie ist es in einer politischen Situation, in der plötzlich ein riesiger Anteil der Bevölkerung offiziell zu Sympathisanten einer zu einer terroristischen Bewegung erklärten Partei erklärt wurde, möglich, noch unparteiisch zu berichten? Zumal die Gesetze in den zwei Jahren nach dem Putsch so verändert wurden, dass schon Interviews mit Muslimbrüdern, die noch auf freiem Fuß waren, Gefahr liefen, als kriminelle Handlung zu gelten? Das führte unter anderem zur Verhaftung und Verurteilung mehrere Mitarbeiter von Al Jazeera International, denen die ägyptische Justiz vorwarf, Teil einer Terrorzelle zu sein.

Ich als Printjournalist hatte während meiner Jahre in Ägypten den Vorteil, keine bewegten Bilder nach Deutschland senden zu müssen, und mich so auch nicht der Verhaftung durch Polizisten in den Straßen aussetzen zu müssen. Selbst ein Mikrofon brauchte ich bei einfachen Gesprächen nicht und konnte in kritischen Situationen auch darauf verzichten, das Gesagte direkt im Notizblock aufzuschreiben. Das machte ich oft erst, wenn ich ein Gespräch beendet

hatte, an einem Ort, wo mich nicht jeder mit meinem Kugelschreiber sah. Radio- und Fernsehkollegen aber ging das anders: ARD-Kameramänner wurden verprügelt, weil die Stimmung nach dem Staatsstreich so angespannt war, dass viele ausländische Journalisten pauschal als Mursi-Befürworter diffamiert wurden.

Man muss auch deshalb differenzieren zwischen Print und Fernsehjournalisten, weil diese nie alleine unterwegs sind, sondern mindestens noch einen Kameramann und im Zweifel auch einen Tontechniker dabei haben. Für sie ist es sehr schwierig geworden, in Ägypten zu arbeiten, weil jeder dem Verdacht ausgesetzt ist, für Al Dschasira und damit für Katar und damit für die Muslimbrüder zu arbeiten. Auch mich haben Leute auf Demonstrationen oder in der Nähe von Wahlbüros angesprochen, ob ich für Al Dschasira arbeite oder aus welchem Land ich komme – obwohl ich noch nicht einmal den Kugelschreiber in der Hand hatte. Das Ganze findet in einer Atmosphäre statt, in der man kaum noch vernünftig argumentieren kann. Ich persönlich habe Anpöbelungen erlebt, aber bin nicht körperlich bedroht worden.

Die Hemmschwelle, auf Demonstrationen zu gehen, ist dadurch natürlich gestiegen. Aber als Familienvater musste ich auch nicht jeden Freitagnachmittag bei Muslimbrüder-Aufmärschen dabei sein, nur um zu sehen, wie Gewalt von Nahem aussieht. Sicherlich schadet das dem journalistischen Blick, wenn man darauf verzichtet, sich direkt vor Ort ein Bild zu machen – es ist ein Privileg, dass ich als Zeitungskorrespondent hatte. Fernsehjournalisten, vor allem die Einheimischen, die die Bilder für die Redaktionen heranschaffen müssen, sind darauf angewiesen, dort hinzugehen. Darum gibt es ja auch so viele verletzte und tote Journalisten in Ägypten in den letzten drei Jahren.

Die von Repräsentanten des Sisi-Regimes als negativ empfundene Berichterstattung hängt natürlich auch mit dem hohen Stellenwert Deutschlands in Ägypten zusammen. Als Sympathisantin der Muslimbrüder und Mursi-Befürworterin galt ja auch Angela Merkel, wogegen man sich noch Monate nach dem Putsch zur Wehr zu setzen hatte: Anders als die meisten der in Kairo akkreditierten deutschen Journalisten hatte die Kanzlerin die Absetzung Mursis ja nie offiziell als Putsch bezeichnet, sondern auch nach der Machtergreifung Sisis auf einen Dialog zwischen dem neuen Regime mit den abgesetzten Islamisten gesetzt. Wir Journalisten hingegen konnten kaum ein Gespräch führen, in dem uns von ägyptischer Seite nicht gepredigt wurde, dass es sich nicht um einen Putsch gehandelt habe, sondern um eine zweite Revolution. Nach der vom 25. Januar 2011, als Mubarak abgesetzt wurde, habe das Volk am 30. Juni 2013 lediglich seinen Fehler vom Vorjahr korrigiert, als es Mursi gewählt habe.

Deutschland wird sehr ernst genommen von den ägyptischen Regierungen. Auch die neuen Machthaber bemühen sich darum, Beziehungen wieder aufzubauen, die im ersten Jahr nach dem Sturz Mursis eher schlecht waren. Und der Staatsinformationsdienst, also der Propaganda-Arm des Präsidentsamtes, liest die Berichte der deutschen Medien sehr genau. Über die Berichterstattung von Karim al-Gawhary beispielsweise, dem taz- und ORF-Korrespondenten, gab es Beschwerden seitens der ägyptischen Botschaft in Berlin. Dass er als Doppelstaatler besonders ins Visier gerät, ist eine Parallele, die man auch zu den Ereignissen in der Türkei ziehen kann. Der Korrespondent der „Welt“, Denis Yücel, musste dort zeitweise das Land verlassen, weil ihm Illoyalität und Landesverrat vorgeworfen wurde – ein Vorwurf, der in Zeiten patriotischer Hochstimmung besonders gut zieht und die Reihen schließt.

Auch andere Kollegen haben Anrufe bekommen, in der ihre Linie kritisiert wurde, und indirekte Drohungen erhalten. Mir blieben solche Gespräche erspart, vielleicht auch deshalb, weil die FAZ als wichtiges deutsches Leitmedium wahrgenommen wurde von den

Herrschenden in Kairo, noch vor Spiegel und Süddeutscher Zeitung. Ich hatte ja Mursi wenige Monate vor seinem Sturz interviewt, kurz bevor er nach Berlin fuhr, um die Kanzlerin zu treffen. Es gab Anfragen von verschiedenen deutschen Medien – dass sich Mursis Leute für die FAZ entschieden haben, liegt wohl daran, dass sie im Auswärtigen Amt am meisten gelesen wird. Und vor einem Jahr, als Sisi zum Staatsbesuch in Berlin war, war es ebenfalls die FAZ, die das Zeitungsinterview bekam – im Fernsehen stand er dann der ARD Rede und Antwort.

Die Kolleginnen und Kollegen, die heute noch aus Kairo berichten, sind übrigens immer noch damit konfrontiert, über den Putsch von 2013 nicht als Staatsstreich berichten zu sollen, sondern als zweite Revolution. Auch wenn der Unmut über die Sisi-Herrschaft wächst. Vielleicht erinnern Sie sich noch an Sisis Besuch vor einem Jahr in Berlin, als Teile seiner Delegation bei der Pressekonferenz mit Merkel im Kanzleramt eine kritische ägyptische Fragestellerin niederbrüllten. Es ist diese Art der Freiheitsunterdrückung, die die Arbeit für viele Kollegen in Ägypten unerträglich gemacht hat. Der Korrespondent der „Süddeutschen Zeitung“ etwa wartet seit zwei Jahren auf seine Aufenthaltserlaubnis, die Kolleginnen von Schweizer Fernsehen und „Neuer Zürcher Zeitung“ haben Kairo inzwischen verlassen, um von Beirut aus über den Nahen Osten zu berichten. Auch mein Nachfolger bei der FAZ ist wegen der Repressalien des Regimes gegen Zivilgesellschaft, Nichtregierungsorganisationen und politische Stiftungen wie Friedrich-Naumann und Konrad-Adenauer-Stiftung inzwischen im Libanon stationiert.

Das bringt mich auch schon zum zweiten Teil meines Vortrags, der ja keiner über Berichterstattung aus Ägypten allein sein soll, sondern einer über die Arbeit eines Nahostkorrespondenten insgesamt – eines Journalisten also, der nicht ein, sondern in meinem Fall 14 Länder zu betreuen hatte, von dem jedes seine ganz eigene Geschichte, seine ganze eigene Erzählung hat. Als ich 2012 meine Arbeit als Korrespondent in Kairo begann, bekam ich das mit aller Macht zu spüren: An manchen Tagen in diesem Sommer schrieb ich vier Artikel täglich. Man darf ja nicht vergessen, dass nicht nur die Präsidentenwahl in Ägypten sich oft auf Seite eins der Tageszeitungen abspielte und zu den Topmeldungen in den Abendnachrichten gehörte, sondern auch in Libyen erste freie Wahlen nach dem Sturz Gaddafis stattfanden.

Aus so vielen Ländern kann ein Korrespondent meiner Meinung nach nicht seriös berichten – die großen amerikanischen Medien, aber auch französische Zeitungen und Fernsehsender sind hier mit viel mehr Manpower unterwegs als wir deutschen. Ich habe versucht, dem Problem zu begegnen, indem ich mich auf die wichtigsten Länder konzentriert habe. Das waren während der Jahre nach den arabischen Aufständen von 2011 Ägypten, Syrien, Libyen und der Irak. Diese Länder habe ich mehrfach bereist; dort verfüge ich auch über viele persönliche Kontakte. Kontinuierliche Berichterstattung aus Ländern wie Kuwait, Oman oder dem Jemen wurde meist von der Redaktion auch gar nicht verlangt. Da ist die Berichterstattung insgesamt sehr sprunghaft, hängt von Wahlen oder Ereignissen ab, auf die sich die Nachrichtenagenturen konzentrieren, woraufhin sich dann die Redakteure aus Frankfurt bei mir meldeten.

Das ist wohl ein grundsätzliches Problem von Auslandsberichterstattung – gepaart mit der Tatsache, dass spätestens seit den Anschlägen vom 11. September der Dreiklang aus Krisen, Kriegen und Katastrophen ein deutliches Übergewicht bekommen hat. In einer der konfliktreichsten Ecken der Welt bleibt da selten Zeit, den nötigen Tiefgang zu vermitteln – zumal man, wie in meinem Fall, tagesaktuell berichten muss. Oft hechelt man den Meldungen nur hinterher. Da manche Redaktionen auch Wert auf die Ortsmarke legen, ziehen sie einen

eigenen Kurzbericht des Korrespondenten einer Agenturmeldung vor. Obwohl das wiederum die Zeit raubt, die man bräuchte, um längere Hintergrundgeschichten zu recherchieren.

Was mich deshalb wirklich manchmal überwältigt hat, war das Ausmaß an Arbeit, vor allem das erste Jahr über. Ich habe ja auch noch Wirtschaftsberichterstattung gemacht und teilweise Kultur- und Medienthemen, sodass selten Zeit zum Durchatmen blieb. Das bestätigen mir auch Kollegen, die vor Beginn der arabischen Aufstände 2011 aus der Region berichtet hatten. Mehr als viermal so viel wie zuvor setzten sie ab – weil plötzlich jedes Land interessant wurde, wo zuvor in den Redaktionen nur ein großer arabischer Block gesehen wurde.

Sich unter Druck und in Krisensituationen auf die eigenen Recherchen zu verlassen, auch wenn die Nachrichtenagenturen etwas anders berichten, verlangt Beharrlich- und Unabhängigkeit – nicht zuletzt gegenüber der Heimatredaktion, wenn diese einen als Korrespondent nicht stützt. Das ist leider nicht immer der Fall, unter anderem deshalb, weil es in manchen Redaktionen schlicht an Vertrauen in die Informationen der eigenen, oft freien Mitarbeiter vor Ort mangelt. Die Macht der Nachrichtenagenturen dürfte eher noch wachsen, fürchte ich, weil immer weniger Medien sich fest angestellte Auslandskorrespondenten zu leisten bereit sind. Das soll die Arbeit der Agenturkollegen nicht schmälern, sie machen tolle Arbeit. Aber sie führen zu einer Monopolisierung, die angesichts des ausgedünnten Netzes festangestellter Auslandskorrespondenten zu einem homogeneren Bild einer sehr heterogenen Region führt.

Das erklärt auch, weshalb manche Konflikte in den Medien kaum stattfinden, obwohl sie dem Krieg in Syrien etwa an Brutalität, Leid und Ausweglosigkeit in nichts nachstehen – wie der im Jemen zum Beispiel. Als ich 2012 in Kairo anfang, war das noch anders: Da war das herrschende Narrativ in Politik und Medien noch positiv geprägt vom Sturz Mubaraks und Ben Alis, sodass es selbst der Jemen mit Blick auf die Massenproteste gegen Präsident Saleh immer wieder auf die vorderen Seite schaffte. Nicht zu reden natürlich von Syrien: Ich erinnere mich wie heute an meinen ersten Heimflug nach Berlin nach fünf Wochen Dauerberichterstattung aus Kairo im Sommer 2012, als mir die Redaktion sozusagen als Fleißaufgabe noch aufgetragen hatte, eine Chronik der Assad-Herrschaft zu liefern, um gerüstet zu sein für den Tag seines Sturzes.

„Evolution einer Revolution“ nannte ich das Stück in Erwartung dessen, dass ich am Ende des Sommers möglicherweise in ein befreites Syrien fahren könnte, um von dort über den Sieg der Demonstranten zu berichten.

Es kam bekanntlich anders, aber neben den Turbulenzen in Ägypten wurde Syrien über Jahre mein Hauptthema – auch wenn es ab 2014 wieder zurücktrat gegenüber anderen außenpolitischen Themen. Die Krise in der Ukraine fing damals an, und zum ersten Mal seit Beginn der arabischen Aufstände 2011 hatten die außenpolitischen Redaktionen ein neues Land, das es schaffte, den Krisengürtel, der sich von Nordafrika bis auf die arabische Halbinsel streckte, von den Frontseiten zu verdrängen. Zumindest für einige Monate: Die News-Ökonomie, die nach einer bestimmten Konjunktur eben doch neue Nachrichten verlangt, um einer Ermüdung entgegenzuwirken, sorgte dafür, dass wir Nahostkorrespondenten ein wenig durchatmen konnten. Ein seltsamer Zyklus, aber der ist immer wieder zu beobachten, wenn das Publikum ermüdet ist von einem bestimmten Narrativ.

Doch die Pause währte nur kurz: Im Juni 2014 besetzten die Kämpfer des „Islamischen Staates“ Mossul, und über Wochen gab es für deutsche und internationale Medien kein anderes Thema mehr. Vielleicht gibt es in den Workshops ja noch Gelegenheit, sich etwas mehr mit dem Medienphänomen „Islamischer Staat“ auseinanderzusetzen, zu dem mittlerweile ja eigene Konferenzen abgehalten werden. Es würde den Rahmen dieses Vortrags sprengen, näher darauf einzugehen, da sowohl westliche Sensationslust und Superlativierung eine Rolle spielen wie der Einfluss sozialer Medien.

Deshalb nochmal zurück zu Syrien – und der Änderung der Lesart, die sich über die Jahre einschlich, auch angesichts einer gewissen Ermüdung des Publikums. War im Jahr eins des Aufstands gegen Assad noch die Meinung vorherrschend, dass dort westlichen Werten nahestehende Demonstranten auf die Straße gingen, sorgte die zunehmende Militarisierung des Konflikts dafür, dass immer stärker auf die islamistischen Elemente unter den Assad-Gegnern geschaut wurde. Der Präsident, der der Minderheit der Alawiten angehört, hatte ja von Beginn an darauf gesetzt, die Protestbewegung mit Gewalt niederzuschlagen. So wurde aus notwendiger Selbstverteidigung innerhalb weniger Monate eine bewaffnete Bewegung, die sich bald zur Freien Syrischen Armee (FSA) zusammenschloss. Weil dieser die Unterstützung versagt wurde, konnten islamistische Gruppen erstarken, die ihre Gelder und Waffen aus den reichen sunnitischen Golfstaaten bekamen. So entstand 2013 die Nusra-Front, aus der später die Terrorgruppe Islamischer Staat hervorging.

Assads Prophezeiung, dass die einzige Alternative zu seinem Regime Al Qaida oder andere sunnitische Islamistengruppen seien, erfüllte sich so von selbst. Und damit wurde es immer schwieriger, gegen den Trend der meisten Medien anzuschreiben, der verkürzt besagt lautet, dass die Opposition eigentlich nur noch aus langbärtigen Dschihadisten besteht. Das Bild hat Assad von Beginn an zu zeichnen versucht und dem sind viele westliche Staaten und Leitmedien auf den Leim gegangen.

Ich habe versucht, durch Interviews mit Oppositionellen, die weiter für ein pluralistisches Syrien eintraten, diesem Eindruck entgegenzuschreiben. Journalistisch habe ich so den Aktivisten der ersten Stunde, die die Revolution gegen Assad begonnen haben, eine gewisse Solidarität entgegengebracht, gleichzeitig aber gemerkt an den Leserkommentaren, dass in den Internetforen die meisten Nutzer auf Seiten Assads gegen die Islamisten stehen. Das ist eine Grundstimmung, gegen die man sich kaum durchsetzen kann.

Ich kenne Syrien aus der Zeit vor dem Krieg, bin während des Krieges in den nordsyrischen Gebieten unterwegs gewesen, die von der kurdischen YPG kontrolliert werden. Viel unterwegs war ich in den syrischen Nachbarländern, wo man sowohl Regimegegner wie Loyalisten treffen konnte. Auf diese Weise konnte man Stimmen sammeln, die einen anderen Blick auf den Krieg erlaubten als der von Assad durch seine Medien wiedergegebene – der übrigens von mehr und mehr westlichen Politikern geteilt wird, wie auch der Verlauf der Friedensverhandlungen in Genf zeigt. Dort hat es bislang keine nennenswerten Versuche gegeben, Assad zum Rücktritt zu bewegen.

Diesem Druck etwas entgegenzuhalten, ein anderes Narrativ zu finden als das von den Diplomaten verbreitete, war vielleicht die frustrierendste Erfahrung meiner Jahre als FAZ-Korrespondent. **Ich bin politisch und journalistisch geprägt durch den Bosnien-Krieg**, habe von 2002 bis 2005 in Sarajevo gelebt und mich sehr intensiv mit der Berichterstattung auseinandergesetzt über diesen Krieg, der 1995 ja erst durch westliches Eingreifen beendet wurde. Damals war es das Massaker von Srebrenica mit seinen mehr als 8000 Toten, der die

Nato zu Luftschlägen bewegte. Aber auch Berichte über die Massaker vor Bäckereien und auf Marktplätzen zeigten damals Wirkung – die Politik reagierte auf Berichte von Journalisten.

Das ist zwanzig Jahre später anders. Obwohl die Grauen in Syrien nicht aufhören, obwohl dort nachweislich Giftgas eingesetzt wurde und Tag für Tag Streu- sowie Fassbomben abgeworfen werden und Zehntausende verschleppt und gefoltert werden, hat die Berichterstattung darüber letztlich keinerlei politische Folgen gehabt. Assad kann so weitermachen, wie er will, und auch die Verhandlungen in Genf sind nicht mehr als ein Deckmäntelchen für das Versagen der internationalen Gemeinschaft, das Morden zu beenden.

Alles, was einem als Korrespondenten da meiner Meinung nach noch bleibt, ist den Opfern eine Stimme zu geben: Ich habe in Nordsyrien Gegenden bereist, die vom „Islamischen Staat“ besetzt waren, ehe kurdische Kämpfer sie befreiten. Außerdem war ich häufig im Libanon, aber auch im Nordirak und in Gaziantep in der Türkei, wo die Gegenregierung zu Assad ihren Sitz hat. Dort habe ich Aktivisten, Flüchtlinge und Oppositionspolitiker getroffen. Dadurch fehlen mir zwar die direkten Drähte zum Regime, aber was dort gesagt wird, bekomme ich über die Syrische Nachrichtenagentur SANA mit oder Freunde, die Damaskus weiter bereisen und in Regierungskreisen verkehren.

Das entscheidende bei der Kriegsberichtserstattung ist meines Erachtens, Zusammenhänge darzustellen und einzuordnen. Dazu hilft die eigene Anschauung vor Ort ungemein, gleichzeitig ist die Nähe zur Front nicht das wichtigste Kriterium. Dort war ich auch, im Irak dreißig Kilometer vor Mossul und in Syrien nördlich von Raqqa – den beiden Hauptstädten des IS also, die im kommenden Jahr befreit werden sollen. Aber um direkt aus dem Kriegsgebiet zu berichten, muss man sich immer dem Schutz der einen oder anderen Konfliktpartei anvertrauen, sonst ist man verloren. Das heißt aber auch, vor allem mit Informationen einer Seite versorgt zu werden – die anderen Infos muss man sich auf anderem Wege beschaffen, weshalb eine tagesaktuelle Berichterstattung über Kriegsentwicklungen immer reduziert bleiben wird.

Deshalb versuche ich meinen Artikeln immer eine Rahmung zu geben, die klar macht, wie es um die Machtverhältnisse in bestimmten Konfliktregionen bestellt ist, wer mit wem verbündet ist, welche Interessen zu bestimmten Äußerungen führen. Und ich treffe weiterhin Leute, die in Syrien auf Seiten der Revolution stehen, wie sie sagen, auch wenn nach fünf Jahren Krieg von ihrem Land kaum noch etwas übrig ist: Aktivisten, Journalisten, Filmemacher, die Gegen- und Parallelstrukturen zu denen des Regimes organisieren in den befreiten Gebieten.

Diese Menschen werden vom IS und anderen Milizen verfolgt – und gefoltert oder getötet, wenn sie gefangengenommen werden. Aber das gleiche droht ihnen auch seitens der Assad-Anhänger. **Insofern sitzen sie zwischen allen Stühlen, und sind gerade deshalb oft die verlässlichsten Quellen.** Zu behaupten, dass sie besser sind als Assad, der ja lange vor der Revolution Leute einkerker, foltern und umbringen ließ – das bleibt meine Meinung. Aber dafür erntet man eigentlich nur Spott und Hohn in Leserkommentaren.

Damit habe ich zu leben gelernt, gerade der Austausch mit anderen Kolleginnen und Kollegen hilft da weiter. **Wichtig ist aber auch, und damit will ich zum Ende meines Vortrags kommen,** sich immer wieder selbst zu hinterfragen, nicht zu vergessen, dass der eigene Blick ein eurozentristischer ist, der von bestimmten Annahmen ausgeht, die nicht unbedingt die derer sind, über die man berichtet. Das fängt wie immer bei den Formulierungen an: Handelte es sich wirklich um eine Demokratiebewegung, die 2011 in Tunis und Kairo begann, oder ging es nicht doch eher um Freiheit und Würde – und wie unterscheiden sich diese Begriffe

von unserem Verständnis davon? Sind Gruppierungen, die die Muslimbrüder bekämpfen, per se antiislamisch, oder muss man Lesern und Zuhörern nicht viel stärker erklären, welchen Stellenwert die Religion in Staaten wie Ägypten auch für nominell säkulare Kräfte hat? Ganz abgesehen davon, dass das im Libanon mit seinen starken christlichen Minderheiten schon wieder anders aussieht – und in Saudi-Arabien mit seiner wahabitischen Staatsdoktrin nochmal ganz anders?

Da hilft nur, mit möglichst vielen unterschiedlichen Ägyptern zu sprechen, mit Syrern unterschiedlicher Meinung, mit Libyern und Irakern. Sicher laufen wir Korrespondenten Gefahr, zu oft mit Gesprächspartnern aus einer eher prowestlichen Ecke zusammenzukommen, aber auch in Kairo habe ich mit Muslimbrüdern zu tun gehabt oder im Libanon mit Hizbollah-nahen Leuten.

Als Fazit lässt sich vielleicht sagen: Jedes Land hat seinen eigenen Narrativ, und den gilt es zu berücksichtigen, will man dieser Region gerecht werden. Für viele Ägypter lautet zweifelsohne die Lesart fünf Jahre nach der Revolution: Gut, dass der islamistische Machthaber weg ist, jetzt ist zum Glück wieder die Armee dran. Aber ist das europäische Narrativ so falsch, zu sagen, dass jetzt wieder ähnlich Freiheiten eingeschränkt werden wie unter Mubarak, wenn nicht sogar noch schlimmer? Bei der Bewertung solcher Sachverhalte komme und will ich gar nicht aus meiner europäischen Haut heraus. Klar ist: Wenn hier ein demokratischer, ziviler Staat aufgebaut werden soll, dann müssen gewisse Grundregeln eingehalten werden, dann müssen universal gültige Menschenrechte durchgesetzt werden. Vielleicht nicht als erstes, und auch nicht an erster Stelle, aber ganz ohne geht es eben auch nicht.

Damit sind nur einige der Schwierigkeiten genannt, mit denen Korrespondenten zu tun haben, wenn sie seriös über eine so große Region berichten wollen wie die arabische Welt. Wahrscheinlich müssten diese in der Berichterstattung weitaus transparenter deutlich gemacht werden, um die Leser und Hörerinnen zuhause klarer über die Rahmenbedingungen ihrer Arbeit aufzuklären.